

DEUTSCHLAND

Gewerkschaft fordert
Waffen für Mautpolizisten

BERLIN. Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) fordert die Bewaffnung der Mautkontrolleure des Bundesamtes für Güterverkehr. „Sie sollen Pistolen tragen dürfen“, sagte der GdP-Chef für die Bundespolizei, Josef Scheuring, dem „Focus“. Hintergrund seien Übergriffe aggressiver Mautpreller, so Scheuring. Das Verkehrsministerium als Aufsichtsbehörde lehnt die Forderung ab.

Klage gegen Regierung

HAMBURG. Das LKW-Mautkonsortium um DaimlerChrysler und Deutsche Telekom hat die Bundesregierung verklagt. Es geht bei dem Streit angeblich um mehrere hundert Millionen Euro. Das Verkehrsministerium hatte Toll Collect wegen der Mängel beim Aufbau des Mautsystems die Vergütung gekürzt.

Appell an Köhler

BERLIN. Grünen-Chefin Claudia Roth hat Bundespräsident Horst Köhler aufgefordert, das Zuwanderungsgesetz nicht zu unterschreiben, das der Bundesrat Anfang Juli gebilligt hatte. „In diesem Gesetz sind aus meiner Sicht Passagen enthalten, die mit unserer Verfassung nicht vereinbar sind“, sagte sie in einem Interview im ZDF.

Struck: Beck ist der Beste



BERLIN. SPD-Fraktionschef Peter Struck hat sich indirekt gegen eine Kanzlerkandidatur von Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) ausgesprochen. In der Partei gebe es niemanden, der SPD-Chef Kurt Beck als Kanzlerkandidaten infrage stellt, sagte Struck dem „Focus“. Er persönlich halte Beck für den besten Kandidaten. Foto: dpa

EUROPA

Maul-und-Klauen-Seuche:
Virus aus dem Labor

LONDON. Der Maul-und-Klauen-Seuche-Virus in Großbritannien stammt möglicherweise aus einem Labor. Nach Angaben des britischen Agrarministeriums ist der bei rund 60 Kühen entdeckte Virusstamm identisch mit einem in einer knapp sechs Kilometer entfernten Forschungsstelle ursprünglich für Impfungen gezüchteten Stamm. red

Regierungskrise in Polen

WARSAU. Die polnische Regierung von Ministerpräsident Jaroslaw Kaczynski steht vor dem Aus. Die radikale polnische Bauernpartei Samoobrona zieht ihre Minister aus der Regierung zurück. Das habe der Landesvorstand nach mehrstündigen Beratungen beschlossen, sagte der Vorsitzende Andrzej Lepper. dpa

WELT

110 Jahre Haft
für US-Soldaten

WASHINGTON. In den USA ist ein Soldat wegen Mordes und Vergewaltigung einer 14-jährigen Irakerin und der Tötung ihrer Familie zu 110 Jahren Gefängnis verurteilt worden. Der 23-jährige könnte nach dem Spruch eines Militärgerichts jedoch nach zehn Jahren Haft auf Bewährung freigelassen werden, berichten US-Medien.

Redaktion: Dirk Breyvogel

Thema des Tages Afghanistan

Das Geiseldrama dauert an. Afghanistans Präsident Karsai erläuterte gestern US-Präsident Bush die Lage. Dabei war auch die Rolle Pakistans ein Thema.



Ein maskierter afghanischer Polizist auf Patrouille in der Hauptstadt Kabul. Noch immer befinden sich 21 Südkoreaner und ein Deutscher in den Händen von Geiselnern. Foto: dpa

Schwere Vorwürfe gegen
Pakistans Geheimdienst

Bericht über Verstrickung in Entführung – Taliban: Deutsche bemühen sich nicht

KABUL. Der Gouverneur der afghanischen Provinz Ghasni hat den pakistanischen Geheimdienst beschuldigt, in die Entführung der 21 südkoreanischen Geiseln verwickelt zu sein.

Wie die „Süddeutsche Zeitung“ auf ihrer Internet-Seite berichtet, erklärte der Gouverneur, die Südkoreaner seien zwar zunächst von Taliban-Kämpfern entführt worden, nach wenigen Tagen hätten allerdings getarnte Geheimdienstoffiziere aus Pakistan die Kontrolle übernommen.

Unterdessen hat ein Taliban-Sprecher telefonisch mitgeteilt, er sei überrascht, dass sich derzeit niemand aktiv um die Befreiung der deutschen Geisel bemühe.

Der Mann leide an Diabetes und könne nicht angemessen mit Medikamenten versorgt werden, sagte Jussuf. Er hatte sich in den vergangenen Wochen seit der Verschleppung von zwei Deutschen in Afghanistan mehrfach zu Wort gemeldet und teilweise Falschinformationen verbreitet.

Meldungen von einer Freilassung des verschleppten Deutschen stellten sich als falsch heraus

Das Auswärtige Amt in Berlin widersprach dem Taliban-Sprecher; man arbeite nach wie vor mit Hochdruck an einer sofortigen Freilassung der deutschen Geisel. Deutsche Medienberichte über eine Freilassung des Ingenieurs hatten sich am Samstag nicht bestätigt.

Der afghanische Präsident Hamid Karsai reiste gestern in die USA, um mit seinem Amtskollegen George W. Bush die Lage zu erörtern. Beobachter gingen im Vorfeld davon aus, dass Bush dabei auf eine harte Haltung gegenüber den Taliban dringen würde, möglicherweise auch auf einen Angriff. Ergebnisse des Treffens wurden bis zum späten Abend nicht bekannt.

Weniger Geld für Neu-Rentner

Reform hat zu starken Einbußen geführt – Betroffen sind vor allem Männer

BERLIN. Wer in jüngster Zeit in den Ruhestand gegangen ist, muss durch die Rentenreform deutliche Einbußen hinnehmen. Männer, die im vergangenen Jahr erstmals Rente bekamen, erhielten im Vergleich zum Jahr 2000 im Westen rund elf Prozent und im Osten rund fünf Prozent weniger Rente.

Die Deutsche Rentenversicherung nannte als einen Grund Abschläge, die für Frührentner gelten. Zudem hätten die höhere Arbeitslosigkeit sowie die gestiegenen Krankenkassen-

und Pflegebeiträge zu einer Verringerung der Rentenzahlbeträge der Neu-Rentner geführt.

Bei Frauen wirkten sich die Kürzungen im Durchschnitt nicht so stark aus, weil ihre Rentenansprüche wegen stärkerer Berufstätigkeit und einer besseren Anrechnung der Kindererziehungszeiten insgesamt steigen.

Das Bundessozialministerium erklärte dazu gestern, die Schritte zur Stabilisierung des Rentensystems hätten von 2001 an begonnen zu

wirken. Es verwies auf die Erhöhung des Regeleintrittsalters, die Einführung von Abschlägen bei einem früheren Rentenbeginn sowie auf Dämpfungsfaktoren. Es gebe viele Menschen, die vorzeitig in Rente gingen und dabei offensichtlich Abschläge in Kauf nähmen.

Linkspartei-Chef Oskar Lafontaine, forderte: „Um diese unhaltbare Entwicklung zu stoppen, müssen die Rentenkürzungen der letzten Jahre zurückgenommen werden.“ dpa

► LEITARTIKEL

Bei Telefonaten in die USA hören Ermittler mit

Neues Gesetz erlaubt Geheimdiensten auch, Briefe mitzulesen – Ziel: El-Kaida-Zellen im Ausland aufspüren

Von unserem Korrespondenten Friedemann Diederichs, Phoenix

Wer Freunden, Verwandten oder Geschäftspartnern in den USA schreibt, muss künftig damit rechnen, dass der US-Geheimdienst mitliest. Nach dem US-Senat hat auch das Repräsentantenhaus der Gesetzesvorlage von US-Präsident George W. Bush zugestimmt.

Auch die Überwachung von Telefongesprächen aus dem Ausland wird dadurch erleichtert. Das neue Gesetz bietet den Geheimdiensten die Möglichkeit, nach Belieben ausländische Kommunikation zu belauschen, die die nicht über US-Telefongesellschaften oder Internetpro-

vider läuft. US-Präsident Bush muss das Gesetz nur noch unterzeichnen.

Der Protest zahlreicher Oppositionspolitiker, dass für derartige Überwachungen zukünftig kein gesonderter richterlicher Beschluss erforderlich ist, blieb bei der Mehrheit der Kongressabgeordneten ungehört: Der Gesetzentwurf wurde mit 227 zu 183 Stimmen angenommen.

Zwar soll sich das neue Abhörsgesetz, das Teil der Antiterror-Maßnahmen der Bush-Regierung ist, in erster Linie auf Verdächtige im Ausland beziehen, die mit Personen innerhalb der USA kommunizieren. Auf diese

Art und Weise hofft man vor allem an so genannte „Schläferzellen“ der El Kaida zu gelangen. Doch als unwahrscheinlich gilt, dass im Arbeitsalltag die Abhörspezialisten der



„Wir haben nun alles, was wir brauchen“

Mike McConnell, Direktor für Nationale Geheimdienste

NSA (National Security Agency) immer erst tätig werden, wenn ein konkreter – im Ausland agierender – Terrorverdächtiger namentlich be-

„Der Aufbau Ost ist uns gelungen“

Wird der Solidaritätszuschlag gesenkt? Mit dem CDU-Finanzexperten und Bundestagsabgeordneten Jochen-Konrad Fromme (Salzgitter-Wolfenbüttel) sprach Christian Kerl.



Herr Fromme, die Forderung nach einer Absenkung des Solidaritätszuschlags wird lauter. Sind Sie dafür?

Die Reaktionen auf die Debatte sind typisch: Wer für einen hohen Anteil von Staatsaufgaben ist, will diese Steuereinnahmen nicht antasten. Wer wie die Union sagt, wir wollen möglichst wenig Staat, der ist bereit, den Solidaritätszuschlag zu überprüfen. Eine Absenkung ist aber nur möglich, wenn die Staatsaufgaben entsprechend abgesenkt werden. Das ist das Problem: Unser Koalitionspartner SPD ist nicht bereit, im Haushalt weiter einzusparen.



Jochen-Konrad Fromme.

Der Bund der Steuerzahler sagt, der Soli könne schon deshalb gesenkt werden, weil auch die Ausgaben für den Solidaritätspakt sinken...

Diese Betrachtung greift zu kurz. Die Leistungen für den Aufbau der neuen Länder sind ja nicht auf den Solidaritätspakt beschränkt, sondern über den gesamten Haushalt verteilt – einschließlich der sozialen Transfers geht es um fast 150 Milliarden Euro. Der Staat steckt da auch andere Steuermittel hinein, es findet also eine Vermischung der Finanzierungssysteme statt. Trotzdem wünsche ich mir, dass wir den Soli senken können – aber dazu müssen wir Einnahmen und Ausgaben in ein anderes Verhältnis setzen.

Wo sehen Sie Ansatzpunkte?

Wir müssen die Ausgaben für den Arbeitsmarkt kritisch beleuchten. Und es gibt bei den Verwaltungsleistungen des Staates ein erhebliches Sparpotenzial. Bisher beruht die Verbesserung des Staatshaushalts nicht auf Einsparungen, sondern auf Mehreinnahmen. Wir müssten eigentlich weniger ausgeben.

Die Gelder für den Aufbau Ost: Sollten die nicht auch gekürzt werden?

Wir dürfen beim Aufbau Ost nicht nachlassen. Im Großen und Ganzen ist der Aufbau bisher gelungen – und wenn sich jetzt die wirtschaftliche Entwicklung stabilisiert, wird das den Prozess beschleunigen. Das darf man nicht abbrechen. Wir müssen die Mittelverwendung aber wie bisher immer wieder kritisch prüfen.

► KOMMENTAR